

Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Mehr Unterstützung für Berufsausbildnerinnen und Berufsbildner

2017/312

vom 27. Februar 2019

1. Ausgangslage

Am 31. August 2017 reichte Rahel Bänziger Keel das Postulat 2017/312 «Mehr Unterstützung für Berufsausbildnerinnen und Berufsbildner» ein, welches vom Landrat am 11. Januar 2018 überwiesen wurde. Die Postulantin bittet den Regierungsrat zu prüfen, wie die Unterstützung von Berufsausbildnerinnen und Berufsbildnern verbessert werden kann.

Im Kanton Basel-Landschaft schliessen jährlich über 2'000 Jugendliche einen neuen Lehrvertrag ab und mehr als 2'700 Betriebe verfügen über eine Ausbildungsbewilligung.

Der Regierungsrat hält in seinem Bericht zum Postulat fest, dass der Kanton die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner gezielt unterstütze. Das Unterstützungsangebot sei seit der Inkraftsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes im Jahr 2004 in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt stetig ausgebaut worden. Auf finanzieller Ebene werden beispielsweise obligatorische berufspädagogische Kurse sowie die überbetrieblichen Kurse und Qualifikationsverfahren (QV) seitens des Kantons subventioniert. Zudem existieren im Kanton Basel-Landschaft eine Vielzahl von Auflaufstellen für unterschiedliche Problemsituationen. Neben der Berufsberatung, dem Schulsozialdienst oder der Lehraufsicht gibt es für schulisch schwächere Lernende Förder- und Stützunterricht. Zur Besetzung von offenen Lehrstellen können die neutrale Lehrstellenplattform lenabb.ch oder Netzwerke wie die Berufsberatung, die Berufsintegration oder die Ausbildungsberatung genutzt werden.

Verschiedene Indikatoren – Lehrvertragsauflösungsquote, Lehrstellenentwicklung, Anzahl Lehrabschlüsse – und die Zufriedenheitsbefragung unter den Lernenden weisen darauf hin, dass es um die Berufsbildung im Kanton Basel-Landschaft gut bestellt ist.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hat die Vorlage an den Sitzungen vom 24. Januar 2019 sowie vom 7. Februar 2019 in Anwesenheit von Regierungspräsidentin Monica Gschwind, Severin Faller, Generalsekretär BKSD, und Heinz Mohler, Hauptabteilungsleiter Berufsbildung und Berufsberatung, beraten.

2.2. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission nahm die Ausführungen zu den vorhandenen Unterstützungsangeboten für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner grossmehrheitlich positiv zur Kenntnis.

Ein Kommissionmitglied lobte das hilfreiche Förderangebot «E Lehr mit Kick» und brachte den Vorschlag ein, den Besuch des Programms während einiger Monate für alle Lernenden obligatorisch zu machen. Bislang einigen sich die Lehrvertragsparteien bei der Lehrvertragsunterzeichnung auf den Besuch des Förderangebots, welches jeweils am Samstagvormittag stattfindet und sich an Lernende mit Lücken im schulischen Bereich richtet.

Diesem Vorschlag wurde aus der Kommission entgegengehalten, es hätten nicht alle Lernenden das Programm nötig. Die jetzige Handhabung, welche schulisch schwache Lernende unterstützt, reiche deshalb vollkommen aus. Ein Kommissionsmitglied betonte in diesem Zusammenhang auch die Eigenverantwortung der Jugendlichen. Diese sollten nicht zu stark bevormundet werden.

Seitens Kommission wurde das Anliegen eingebracht, den Austausch zwischen den Organisationen der Arbeitswelt (OdA), der Berufsberatung sowie der Sekundarstufe I im Zusammenhang mit der Besetzung von noch unbesetzten Lehrstellen zu stärken. Dies käme nicht nur den Betrieben, sondern auch den Jugendlichen auf Lehrstellensuche zu Gute.

Die Verwaltung antwortete, in diesem Bereich gebe es tatsächlich eine Schwachstelle, die aber erkannt worden sei. Das Zusammenspiel der Sekundarstufe I mit OdA mit offenen Lehrstellen soll über die Laufbahnorientierung optimiert werden.

Die Gründe, weshalb es in bestimmten Berufen eine überdurchschnittliche hohe Durchfallquote bei den QV gebe, werden eruiert, beantwortete die Verwaltung eine entsprechende Frage. Teilweise liege das Problem bei den Bildungsplänen, die zu hohe Anforderungen beinhalten. Die Konzeption der Bildungspläne liege jedoch in der Verantwortung der OdA, der Kanton kann seinerseits keine Änderungen bestimmen.

Aus der Kommission wurde auch darauf hingewiesen, dass Lernende aus dem Niveau A für die meisten Berufe über einen nicht ausreichenden Bildungsrucksack verfügen. Dieses Problem müsse dringend angegangen werden. Mittlerweile brauche es für die meisten Berufe mindestens einen Niveau E-Abschluss.

Seitens Verwaltung wurde bestätigt, dass es eine Tendenz hin zu Berufsabschlüssen auf einem höheren Anforderungsniveau gebe. Dieses Thema werde aber im Rahmen des Strategieprozesses «Berufsbildung 2030» angegangen.

Antrag an den Landrat

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat mit 8:1 Stimmen bei 3 Enthaltungen, das Postulat abzuschreiben.

27.02.2019 / pw

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Christoph Hänggi, Präsident